



2019/18 Thema

<https://shop.jungle-world.com/artikel/2019/18/immer-diese-widersprueche>

Mainstream statt Militanz

Immer diese Widersprüche

Von **Ivo Bozic**

Das Klima ändert sich, so viel steht fest. Doch wer denkt, der Klimaschutz sei automatisch links und ökologisch, macht es sich zu einfach.

Probleme aufgrund von Klimawandel sind so alt wie die Menschheit. Änderte sich das Klima, machte man früher Teufel oder Hexen für Missernten und Extremwetter verantwortlich. Klima insgesamt hat auch in der Linken nie eine Rolle gespielt, man nahm es als Grundbedingung hin, als voreingestellte Betriebstemperatur der Erde. Für Karl Marx war es kein ausschlaggebender Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Der Historische Materialismus wurde von seinen Vertretern ohne die klimatischen Bedingungen gedacht, in denen sich Geschichte vollziehen möge. Dabei hatte die Menschheit zu Marx' Zeiten längst erlebt, dass das Klima ein gar nicht so statischer Faktor unseres Lebens ist. Sie hatte Gletscher kommen und gehen sehen, sie hatte Dürren, Eiswinter, Überschwemmungen, Hungersnöte und dramatische Epidemien überlebt. Man wusste bereits, dass Menschheitsgeschichte ohne Klimaänderungen anders verlaufen wäre, dass etwa die Besiedlung Amerikas einst nur möglich war, weil der niedrige Meeresspiegel einmal eine Landbrücke nach Asien freigelegt hatte. Man wusste auch, dass Menschen am Äquator andere Lebensvoraussetzungen haben als am Nordpol. Wenn dies alles gesellschaftspolitisch völlig gleichgültig wäre, wenn nur -naturunabhängige Produktionsverhältnisse entscheidend wären, dann müssten wir uns über das Klima keine Gedanken machen, denn irgendwo zwischen den Bedingungen am Äquator und denen am Nordpol wird es sich schon einpendeln.

Seit einigen Jahren macht man sich bekanntlich Gedanken: Klima ist ein Thema, das Thema schlechthin, und zwar global. Doch was heißt global? Während man hierzulande darüber diskutiert, auf Urlaubsflüge zu verzichten und die Flugpreise zu erhöhen, um die Menschen auf den Malediven zu retten, haben die realen Menschen auf den realen Malediven gerade ihren Flughafen ausgebaut und die Flugpreise drastisch gesenkt. Es war eine der wichtigsten Forderungen im letzten Wahlkampf. Im Bangladesh der Klimabewegung steigt den Menschen bereits der Ozean zum Hals, weil die reichen Industrieländer nicht schnell genug aus der Kohleverstromung aussteigen. Im realen Bangladesh wurde der Bau eines riesiges Kohlekraftwerks am Mangrovenwald

beschlossen.

Alle machen bei »Fridays for Future« mit. Doch Klimaschützer, Tierrechtler und Artenschützer kämpfen für ganz unterschiedliche Dinge.

Dass der Klimawandel Handeln erfordert, ist immerhin inzwischen globaler Konsens. Keine der Forderungen der »Fridays for Future«-Bewegung steht in Opposition zur herrschenden Klimapolitik – ob von Bundesregierung oder Uno. Es wird lediglich schnelleres, entschiedeneres Handeln verlangt, beim Kohleausstieg wie bei erneuerbaren Energien – selbst die Forderung nach einer CO₂-Steuer wird von der Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) bis zum Vorsitzenden der Kohlekommission und Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn, Ronald Pofalla (CDU), unterstützt. Da ist es beinahe konsequent, wenn Klimaaktivisten weniger für ihre Forderungen als fürs Schulschwänzen kritisiert werden. Auch wenn sich wie bei »Extinction Rebellion« die Aktionsformen radikalieren, selbst wenn sich eine »Klima Armee Fraktion« bilden würde – die Forderungen werden nicht radikaler und können es auch nicht werden. Denn zur Weltrettung zunächst die Abschaffung des Kapitalismus zu fordern, wäre wahrlich eine »Leugnung des Klimawandels«: Es würde bedeuten, davon auszugehen, dass wir unendlich viel Zeit hätten.

Der Unterschied zwischen der herrschenden Klimapolitik und der Klima-bewegung besteht darin, dass Erstere den CO₂-Ausstoß nur in dem Tempo reduzieren will, in dem ausgleichende Technologien Modernisierungsmaßnahmen ermöglichen, die weiter Wachstum und Profite generieren, während Letztere fordert, zur »Rettung der Welt« auch einen Verlust des Wohlstands-, Technologie-, und Entwicklungsniveaus hinzunehmen – letztlich Postwachstumsideologie, »Degrowth«, also nicht gerade der fortschrittlichste Ansatz der Kapitalismuskritik, dem unter anderem der Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech, Beppe Grillo von der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung und Björn Höcke von der AfD folgen. In Bangladesh oder auf den Malediven dürfte das kaum mehrheitsfähig sein.

Es lässt sich also darüber diskutieren, ob die Klimaschutzbewegung global ist, ob sie oppositionell ist, aber auch, ob sie überhaupt ökologisch ist. Dass es Gemeinsamkeiten gibt, ist offensichtlich. Doch es gibt auch Widersprüche. Klimaschutz-, Naturschutz-, Umweltschutz-, Tierrechtsbewegung – zwar sind am Freitag alle dabei, doch wird es konkret, haben sie zuweilen ganz unterschiedliche Interessen. Für den Umweltschützer ist der Fluss gut, wenn das Wasser wieder sauber ist, für den Naturschützer, wenn die Ufer renaturiert sind, für den Tierrechtler, wenn das Angeln verboten ist, für den Artenschützer, wenn vor allem bedrohte Arten darin ein Zuhause finden, der Klimaschützer sähe dort gerne eine Wasserkraftanlage – die gravierende Folgen für die Natur haben kann.

Für den Klimaschutz ist Windkraft dringend notwendig, für den Artenschutz ist sie ein Problem.

Ist es aus Sicht des Klimaschutzes dringend notwendig, Kohlekraftwerke durch Windkraft und Bioenergie, also Energie aus Pflanzen, zu ersetzen, ist Windkraft aus Sicht des

Artenschutzes ein Problem. Greifvögel wie der bedrohte Rotmilan, aber auch der noch häufige Mäusebussard drohen tatsächlich deswegen auszusterben, wie die von der Bundesregierung finanzierte Studie »Prognosis and assessment of collision risks of birds at wind turbines in northern Germany« (PROGRESS) festgestellt hat, bei der zum ersten Mal aufwendig Schlagopfer, also tote Vögel, gesucht und gezählt wurden. Die Zahlen sind auf den ersten Blick gering: Durchschnittlich etwa alle zweieinhalb Jahre kollidiert ein Mäusebussard mit einer Windenergieanlage (WEA) und ungefähr alle acht Jahre ein Rotmilan. Allerdings gibt es nicht eine, sondern 30 000 WEA in Deutschland und es sollen noch mehr werden. Pro Jahr sterben also schätzungsweise 3 750 Rotmilane durch die Windkraft. Bei einer Gesamtpopulation in Deutschland von nur rund 15 000 Brutpaaren eine gar nicht mehr so kleine Zahl.

In der renommierten Wissenschaftszeitschrift *Nature Ecology & Evolution* erschien 2018 eine Studie, für die Wissenschaftler die Auswirkungen von WEA in den Westghats, einem indischen Gebirgszug, der als globaler Hotspot der Biodiversität gilt, untersucht hatten. Die Forscher entdeckten, dass drei Viertel des Greifvogelbestands verlustig gegangen waren. Durch den Rückgang der Beutegreifer habe die Population der Eidechsen zugenommen, was wiederum Auswirkungen auf den Bestand derer Beutetiere habe. Das führe zu einer dramatischen Veränderung des Ökosystems. Und Greifvögel sind nicht die einzigen Opfer. Schätzungen zufolge werden in Deutschland bis zu 250 000 Fledermäuse im Jahr in WEA.

Zu den Folgen der Klimapolitik gehört auch, dass für Bioenergie neue riesige Monokulturlandschaften entstanden sind. In Deutschland wächst allein auf 2,5 Millionen Hektar Fläche Mais. Bezüglich der Biodiversität sind solche Flächen mit einem asphaltierten Parkplatz vergleichbar. In Indonesien wurde in den vergangenen zehn Jahren bis zu einer Million Hektar Regenwald jährlich für Palmölplantagen vernichtet, unter anderem, um Agrosprit zu gewinnen. Zwar werden global 72 Prozent des Palmöls in der Nahrungsmittelindustrie verbraucht, doch in Europa gehen 61 Prozent des Palmöls in die Energiegewinnung, davon 45 Prozent in Agrodiesel – ein Ergebnis der europäischen Energie- und Klimapolitik der letzten Dekade, urteilt der Verein »Rettet den Regenwald«. Mit dem Regenwald verschwindet der Orang-Utan. Absurderweise ist Indonesien selbst zu einem der größten CO₂-Emittenten der Welt geworden, wegen der Brandrodungen vor allem auf Torfböden. Es sind nicht nur habgierige Konzerne schuld. Entscheidend für den Boom und die gewaltige Expansion des Palmöls waren die klimapolitischen Entscheidungen in Europa und die Tatsache, dass Indonesien so schnell so viel Fläche zur Verfügung stellen konnte, weil der Wald, beziehungsweise was einmal einer war, in staatlichem Besitz ist.

Inzwischen wurden einige dieser aus Naturschutzsicht verheerenden Irrwege der Klimapolitik als solche auch von der herrschenden Politik erkannt und es wird entgegengewirkt. Doch selbst wenn künftig Agrosprit verboten, Energie naturfreundlicher aus Wildpflanzen gewonnen würde und Windkraftanlagen dank neuer Technologien eines Tages keine Schlagopfer mehr fordern sollten, so hat die Entwicklung der letzten Dekade doch eines mehr als deutlich gemacht: Naturschutz und Klimaschutz sind nicht dasselbe. Wer beides will, muss sich deutlich mehr Gedanken machen, als es die Klimapolitik – die herrschende wie die vermeintlich oppositionelle – bisher getan hat.